

Supermarktbau ist umstritten

Bauausschuss – Für das Nieder-Kainsbacher Industriegebiet „In den Schlangenäckern“ liegt Bauvoranfrage vor

Der Brensbacher Bauausschuss hat über das mögliche Entstehen eines neuen Supermarktes in Nieder-Kainsbach debattiert. Die Nachbargemeinde Fränkisch-Crumbach bittet um eine Änderung des Bebauungsplans.

BRENSBACH. Der Brensbacher Gemeindeverwaltung liegt derzeit eine Bauvoranfrage für den Neubau eines Lebensmittelmarktes und eines Fachmarktes im Baugebiet „In den Schlangenäckern“ im Brensbacher Ortsteil Nieder-Kainsbach vor. Das berichtete Brensbachs Bürgermeister Hans-Georg Stosiek in der Sitzung des Bauausschusses. Interesse an diesem Grundstück signalisiert die Graf Kristen Projektmanagement GmbH & Co. KG aus Frankenthal, die potenzielle Bauplätze sondiert, um diese dann ihren Kunden vorzuschlagen – in diesem Fall also einer Discountmarkt-Kette.

Bei dem anvisierten Grundstück in Nieder-Kainsbach handelt es sich gemäß dem rechtskräftigen Bebauungsplan um ein Gewerbegebiet. In der Kurzbeschreibung des eventuell zu realisierenden Bauprojektes wird die Gemeinde Brensbach gebeten, unter anderem folgende Bedingungen abzuklären: Zulässigkeit von zwei Märkten mit zusammen mehr als 800 Quadratmetern Verkaufsfläche, eine Zufahrt von der B 38 auf das Grundstück für Pkw, Andienung von Lkw über einen Wendehammer sowie der Verzicht von im Bebauungsplan vorgesehenen Baumpflanzungen, um freie Sicht auf die Märkte zu gewährleisten.

Bevor diese Faktoren zum Tragen kämen, gilt es allerdings für Brensbach, noch andere Interessen abzuwägen. Wie Stosiek den Ausschussmitgliedern berichtete, sei im Kontext dieser Bauvoranfrage die Nachbargemeinde Fränkisch-Crumbach mit der Bitte an ihn herangetreten, durch Änderung des Bebauungsplanes für das betreffende Grundstück eine so genannte Veränderungssperre zu erlassen, sodass dort weder jetzt noch in Zukunft ein Markt dieser Größe entstehen könne. Der Hintergrund: Durch das mögliche Entstehen eines Discountmarktes in Nieder-Kainsbach sähe man den Kundenzulauf für den unweit in Fränkisch-Crumbach gelegenen Edeka-Markt gefährdet. Stosiek erklärte, er stehe diesem Ansinnen durchaus aufgeschlossen und wohlwollend gegenüber: „Es ist unsere Aufgabe, auch über den eigenen Tellerrand hinaus zu schauen und solche Situationen nicht nur mit Blick auf die eigene Gemeinde, sondern regional zu beurteilen.“ Daher solle das Gemeindeparlament ernsthaft in Erwägung ziehen, Fränkisch-Crumbach entgegenzukommen. Allerdings, so schränkte der Bürgermeister ein, sähe er es als ein sinnvolles Szenario an, dass Fränkisch-Crumbach die Kosten, die eine entsprechende Änderung des Bebauungsplanes verursache, übernehme. Insgesamt erntete Stosiek mit diesen Überlegungen breite Zustimmung bei den Ausschussmitgliedern. Lediglich UWG-Mitglied Karsten Vetter stand dem allgemeinen Tenor kritisch gegenüber: „Wir haben eine freie Marktwirtschaft. Wenn ein Bauplatz vorhanden ist, kann ich nicht verstehen, wieso wir ihn nicht einem Interessenten überlassen sollten.“

Neben einer Geste der Solidarität gegenüber Fränkisch-Crumbach wäre das Verhindern eines solchen Marktes jedoch auch im Interesse von Brensbach selbst, wäre es doch möglich, dass auch der Einzelhandel in der eigenen Gemeinde unter einem weiteren Supermarkt leiden könnte. „Durch einen Markt dieser Größe könnten wir auch unsere eigenen Geschäfte in Gefahr bringen“, erklärte SPD-Fraktionsvorsitzender Reiner Müller. Er sehe durchaus das Problem gegeben, dass bei Ansiedlung eines neuen Marktes auch noch das letzte verbliebene Einzelhandelsgeschäft in Nieder-Kainsbach schließen müsse.

Eine definitive Beschlussempfehlung sprach der Ausschuss nicht aus. Zunächst soll noch einmal Rücksprache mit Fränkisch-Crumbach gehalten werden. Zudem soll den Gremiumsmitgliedern die Möglichkeit gegeben werden, das Thema noch einmal in ihren Fraktionen zu diskutieren.

Parlament schafft Basis für Marktansiedlung

Infrastruktur – Bebauungsplan sieht Lebensmittel- und Fachgeschäft in Nieder-Kainsbach vor – Reaktion auf Anfrage

Die Brensbacher Gemeindevertretung hat bei ihrer jüngsten Sitzung den Weg freigemacht für zwei neue Einkaufsmärkte, die sich künftig im Gemeindegebiet ansiedeln könnten.

BRENSBACH. Das Brensbacher Parlament hat am Donnerstag bei einer Enthaltung der Aufstellung eines Bebauungsplanes für die Einrichtung eines Lebensmittelmarktes und eines Fachmarktes im Gewerbegebiet „In den Schlangenäckern“ im Brensbacher Ortsteil Nieder-Kainsbach zugestimmt.

Hintergrund dieser Entscheidung ist die Tatsache, dass der Gemeindeverwaltung bereits seit einiger Zeit eine Bauvoranfrage einer namentlich nicht näher benannten Firma für das in Rede stehende Gebiet vorliegt. Diese Firma prüft die potenzielle Verfügbarkeit von Baugrundstücken, um sie im Falle einer Genehmigung an etwaige Interessenten zu vermitteln. Für Brensbach bedeutet dies, dass sich in dem Areal zwei Märkte von je 800 Quadratmeter Grundfläche ansiedeln könnten. Die Bebauungspläne „In den Schlangenäckern“ aus dem Jahr 1980 und „Westlich der B 38“ (1983) lassen in den Gewerbe- und Industriegebietsflächen eine Einzelhandelsnutzung grundsätzlich zu.

Der Bauausschuss hat in seiner Beschlussempfehlung jedoch zwei Einschränkungen hinzugefügt, an der sich eine künftige Bebauung zu orientieren hätte: Zum einen soll, anders als in der Bauvoranfrage vorgesehen, auf die Errichtung einer zusätzlichen Zufahrt auf das Marktgelände von der Bundesstraße 38 aus verzichtet werden. Der Ausschuss bewertet die vorhandene Zufahrt auf das Areal als ausreichend. Des Weiteren soll vermieden werden, dass die beantragte Zufahrt den bestehenden Radweg kreuzt, der parallel zur Bundesstraße verläuft. Zweite Bedingung ist, dass die Büsche und Bäume, die das Gebiet umschließen, unangetastet bleiben.

Die Antrag stellende Firma wird nun von der Entscheidung der Gemeindevertretung in Kenntnis gesetzt und könnte damit beginnen, die beiden Grundstücke an interessierte Märkte zu vermitteln. Sollte sie mit den formulierten Einschränkungen nicht einverstanden sein, besteht auch die Möglichkeit, dass sie vor diesem Hintergrund das Interesse am nämlichen Gebiet verliert. Hinsichtlich der Frage, ob die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes und eines Fachgeschäftes die Entwicklung des Brensbacher Kleingewerbes beeinflussen könnte, äußerten die Gemeindevertreter keine Bedenken.

Einstimmig beschlossen haben die Gemeindevertreter die Verlängerung einer seit einem Jahr geltenden Veränderungssperre im bisherigen Wochenendhausgebiet „Schnellertsberg“ in Affhöllerbach. Bereits im Februar hatte das Parlament für dieses Gebiet die Änderung des Bebauungsplanes beschlossen. Diese soll eine bisher gültige Regelung ersetzen, wonach das Verwenden von festen und flüssigen Brennstoffen für die Beheizung der dortigen Gebäude

unzulässig ist. Künftig sollen nur noch feste Brennstoffe verboten sein, also Holz und Kohle, Torf, Stroh- und Papierpresslingen und Ähnliches.

Da der neue Bebauungsplan bis zum Ablauf der zurzeit gültigen Veränderungssperre noch nicht vorliegen wird, soll der Beschluss den Status quo im betreffenden Gebiet erhalten.

Odenwälder Echo | 15. März 2014 | sun

Gemeinde wehrt sich gegen Märkte

Gemeindeentwicklung – Bürgermeister Eric Engels kritisiert Brensbacher Genehmigungsbeschluss scharf

Die Nutzung des Gewerbegebiets Schlangenäcker im Grenzland beider Gemeinden schürt einen Konflikt zwischen Brensbach und Fränkisch-Crumbach. Dessen Bürgermeister Eric Engels hat zu den nachbarlichen Plänen einer Märkte-Ansiedlung entschiedene Gegenwehr angekündigt.

FRÄNKISCH-CRUMBACH. Ziemlich vergrätzt zeigte sich Bürgermeister Eric Engels, als er der Fränkisch-Crumbacher Gemeindevertretung in deren jüngster Sitzung über ein Investitionsprojekt im zu Brensbach gehörenden, aber unmittelbar vor den Toren Crumbachs gelegenen Industriegebiet „In den Schlangenäckern“ berichtete. Er wusste zwar, dass der Besitzer eines brachliegenden Geländestreifens dort gern einen Einkaufs- und einen Fachmarkt ansiedeln würde, glaubte sich mit seinem Bürgermeister-Kollegen Hans-Georg Stosiek jedoch darin einig, dass beide diese Märkte nicht wollten.

Nun musste er aus der Zeitung erfahren, dass die Brensbacher Gemeindevertretung nahezu einstimmig beschlossen hat, die Bauvoranfrage des Investors doch zu genehmigen. Bereits im Sommer vergangenen Jahres hatte Engels schriftlich Bedenken gegen das Projekt geäußert und gleichzeitig mit der Edeka-Handelsgesellschaft Südwest mbH Kontakt aufgenommen, um die Möglichkeiten auszuloten, den etwas in die Jahre gekommenen Markt in der Ortsmitte zu modernisieren.

Die Geschäftsleitung hatte daraufhin zugesagt, in das Fränkisch-Crumbacher Objekt eine siebenstellige Summe zu investieren – eine Zusage, die hinfällig werden dürfte, wenn unmittelbar an der B 38 ein konkurrierender weiterer Lebensmittel-Markt entstehen sollte. Da sich Engels in der Verantwortung sieht, für seine Ortsbürger eine gute und fußläufige Lebensmittelversorgung aufrechtzuerhalten, will er „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln“ versuchen, das Brensbacher Projekt zu verhindern. In diesem Zusammenhang setzt er auf das für Dienstag anberaumte Treffen der beiden Gemeindevorstände.

Widerspruch gegen Brensbacher Einkaufsmarkt

Nahversorgung – Bürgermeister Engels: Solche Beschlüsse machen „Odenwaldhöhle“ doch erst möglich

Einen „unfreundlichen Akt“ sieht Bürgermeister Eric Engels (CDU) in einem Beschluss der Brensbacher Gemeindevertretung, den Neubau eines Lebensmittelmarktes auf Privatgelände im Gewerbegebiet „Schlangenäcker“ in Nieder-Kainsbach zuzulassen.

FRÄNKISCH-CRUMBACH. Die Folgen dieser Entscheidung, heißt es in einer Pressenotiz der Kommune, wolle Fränkisch-Crumbach als Nachbarort von Brensbach nicht einfach hinnehmen. Deshalb habe der Gemeindevorstand vorerst Widerspruch eingelegt und prüfe rechtliche Schritte. Über den zwischen beiden Orten entstehenden Konflikt hatte das ECHO zuletzt am 24. März berichtet („Gemeinde wehrt sich gegen Märkte“).

Monatelang habe es so ausgesehen, als könnten die beiden Gersprenzthal-Kommunen die Weiterentwicklung ihrer Nahversorgung in gutem Einvernehmen regeln. Fränkisch-Crumbach verfüge über einen Edeka-Markt in der Ortsmitte, so Engels, der von vielen Bürgern auch zu Fuß aufgesucht werde. Die Konzentration auf eine Kerngemeinde ohne weitere Ortsteile biete ideale Bedingungen, die im ländlichen Raum selten seien.

Direkt vor der Ortsgrenze, jedoch abseits jeder Wohnbebauung und allein mit dem Auto erreichbar, liegt indes das Gewerbegebiet „Schlangenäcker“. Ortsunkundige halten dieses Gebiet mitunter für einen Teil von Fränkisch-Crumbach, doch es zählt zu Brensbach. Beim Neubau eines Supermarktes dort würde nach Einschätzung von Engels und seinen Mitstreitern vor allem auch die Kaufkraft der Crumbacher ins Visier rücken.

Weil das die dort seit mehr als 30 Jahren fest verwurzelte Nahversorgung empfindlich treffen könnte, sei Bürgermeister Engels seit Langem mit seinem Brensbacher Amtskollegen Hans-Georg Stosiek (SPD) einig gewesen: Der Schaden für Fränkisch-Crumbach wäre größer als der Nutzen für Brensbach. So hatten beide Empfehlungen an die Gemeindegremien ausgearbeitet, um einer Ansiedelung von großflächigem Einzelhandel an dieser Stelle einen Riegel vorzuschieben. Parallel überzeugte Engels den ortsansässigen Edeka-Marktbetreiber, eine Millionensumme in die Neugestaltung seines Standorts zu investieren, um dessen Bestand nachhaltig abzusichern.

Diese Pläne hätten die Gemeindevertreter von Brensbach nun zunächst durchkreuzt, heißt es in der Pressenotiz. Denn Edeka habe schriftlich signalisiert, dass man nur dann investieren würde, wenn ein direkter Konkurrent vor der Haustür ausgeschlossen werde. Andernfalls werde der etwas in die Jahre gekommene Markt vorerst so bleiben. Und man müsse beobachten, ob er dem Wettbewerbsdruck standhalte. Das Brensbacher Parlament aber hatte – in Abwesenheit des unterdessen aus seinem Amt verabschiedeten Bürgermeisters Stosiek – den von diesem noch vorgeschlagenen Aufstellungsbeschluss für eine Überplanung der „Schlangenäcker“ ohne weitere Aussprache abgelehnt und die ebenfalls empfohlene Veränderungssperre gleich ganz von der Tagesordnung genommen.

In Fränkisch-Crumbach sorgt dies für Verstimmung. Bürgermeister Engels sagte in der Folge eine Einladung nach Brensbach zu Kooperationsgesprächen über eine gemeinsame Jugendpflege kurzerhand schriftlich ab. Um Schadensbegrenzung bemühten sich die Gemeindevorstände von Fränkisch-Crumbach und Brensbach bei einer gemeinsamen Sitzung am vergangenen Dienstag. Dabei wurden Gespräche unter anderem mit allen potenziellen Investoren verabredet, um die Folgen des Brensbacher Beschlusses neu bewerten zu können. „Mit solchen Beschlüssen wird eine Odenwaldhölle doch erst möglich: reine Schlafdörfer, denen die letzte innerörtliche Infrastruktur genommen wird, daneben seelenlose Supermärkte in abgelegenen Gewerbegebieten“, greift Engels eine aktuelle Diskussion auf. Es sei enttäuschend, „wenn für gewählte Volksvertreter bei derartigen Überlegungen hinter der Grenze ihres eigenen Ortes die Welt zu Ende ist“.

Odenwälder Echo | 29. März 2014 | big

Im Kräftespiel des Marktes

Fränkisch-Crumbach. Der Fränkisch-Crumbacher Bürgermeister Eric Engels verschluckte sich an seinem Frühstücks Croissant, als er kürzlich die Zeitung aufschlug und las, dass die Brensbacher Gemeindevertretung den formalen Weg frei gemacht habe für zwei neue Einkaufsmärkte im Ortsteil Nieder-Kainsbach. Genauer: Ein Lebensmittelmarkt und ein Fachmarkt (vermutlich Getränke oder Drogerie) mit je rund 800 Quadratmeter Fläche auf dem Areal „In den Schlangenäckern“ vor den Toren Fränkisch-Crumbachs. Aus Sicht Engels konterkariert der Brensbacher Beschluss die vorher zwischen Engels und dem ehemaligen Brensbacher Amtskollegen Hans-Georg Stosiek vereinbarte gemeinsame Haltung zu den Einkaufsmarktplanungen in Nieder-Kainsbach. Einvernehmlich wollte man die Nahversorgung durch den Edeka-Markt in der Crumbacher Ortsmitte nicht gefährden. Das war von heute auf morgen Schnee von gestern.

Eric Engels sieht im Brensbacher Beschluss laut eigener Pressemitteilung einen „unfreundlichen Akt“. Engels wörtlich: „Ich werde alle mir zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um dieses Brensbacher Projekt zu verhindern. Ich bin sicher, dass in dieser Sache die Crumbacher Gemeindevertretung voll und ganz hinter mir steht.“ Auch setzt der Bürgermeister in der Vermittlung seiner Argumente auf die Solidarität und Mithilfe vieler Bürger und des örtlichen Wirtschafts- und Verkehrsvereins. Argumente, wie erstens: Statt „Schlafdorf Crumbach“ mit kalter Industrie- und Einkaufslandschaft vor den Toren ein intakter, vitaler Ort mit Kultur- und Lebens-Mittelpunkten, wozu ein gut funktionierender Lebensmittelmarkt in der Ortsmitte gehört. Leicht erreichbar für jeden, jeden Alters, zu Fuß, mit dem Rad oder auch dem Auto. Zweitens: Die bereits gemachte Zusage des Investors wie auch der Edeka Handelsgesellschaft in den Crumbacher Markt mehr als 2 Mio. Euro zu investieren, damit dieser in zeitgemäß freundlicher Architektur mit großer Sortimentsvielfalt ein gutes Einkaufserlebnis biete. Mit allen Beteiligten einschließlich des Betreibers und Mieters Dennis Kampmann wurde bereits einvernehmlich in die Zukunft projiziert. Drittens: Die schnelle Realisierung des Projekts schon bis 2015.

Im Kräftespiel des Marktes gibt es 4 mögliche Szenarien. Szenario 1: Edeka investiert in den Crumbacher Markt trotz neu geplanter Märkte in Brensbach; alle drei Märkte prosperieren. Wunderbar, aber unwahrscheinlich! Wahrscheinlicheres Szenario 2: Der Crumbacher Edeka unterliegt in wenigen Jahren dem Wettbewerbsdruck und Fränkisch-Crumbach steht ohne Lebensmittel Nahversorgung da. Szenario 3: Keiner der Märkte überlebt langfristig im harten gegenseitigen Wettbewerb. Bei soviel Erfolgsunsicherheit ist eigentlich Szenario 4 „Das Bewährte erhalten und noch besser machen“ das erfolgversprechende. Sicher reden darüber auch bald wieder die Brensbacher und Crumbacher Gemeindevertreter und man kommt zu einem Beschluss, mit dem alle gut leben können.

Im Interesse Brensbachs

Zur Diskussion um die Genehmigung eines Einkaufsmarkt-Komplexes im Gewerbegebiet zwischen Brensbach und Fränkisch-Crumbach: Ob Fränkisch-Crumbachs Bürgermeister Eric Engels die Volksweisheit kennt, wonach Glauben nicht Wissen heißt, entzieht sich meiner Kenntnis. Auch wenn er glaubte und sich mit dem ehemaligen Brensbacher Bürgermeister Hans-Georg Stosiek sogar darin einig war, diese Märkte nicht „zu wollen“, stehen der Glaube und das Wollen Einzelner bei den Entscheidungen der Gemeindevertreter von Brensbach nicht zur Debatte.

Es ist zwar das gute Recht der Fränkisch-Crumbacher Repräsentanten, für die Bürger ihrer Gemeinde fußläufige Einkaufsmöglichkeiten zu fordern. Das kann aber nicht dazu führen, dass andere dafür bezahlen. Im Gegenzug sollte aber auch der Bürgermeister Brensbachs die Interessen seiner ihn finanzierenden Gemeinde vertreten, wozu ihn sein Amtseid gleichfalls verpflichtet.

Die Gemeindevertreter Brensbachs jedenfalls Waren gut beraten, den Beschlussvorschlag des ehemaligen Bürgermeisters zu ignorieren und das Wohl der eigenen Gemeinde im Auge zu behalten. War doch bei einem Ortstermin des zuständigen Ausschusses im Vorfeld der Beschlussfassung auf Nachfrage darauf hingewiesen worden, dass ein Aufstellungsbeschluss für eine Überplanung der „Schlangenäcker“ mit einhergehender Veränderungssperre – das wäre zur Verhinderung der Märkte erforderlich – mindestens mit Kosten in fünfstelliger Höhe und eventuell sogar mit Regressforderungen des Grundstücksinhabers verbunden sein können, beides zu zahlen aus dem Brensbacher Etat. Wie die Kommunalaufsicht einen Beschluss beurteilt, der außer Kosten für die Gemeinde Brensbach keinen Vorteil für die Kommune zeitigt, bedarf wohl kaum weiterer Überlegungen, zumal noch ein Haushaltssicherungskonzept aussteht.

Die Sache an sich ist zugleich ein prägnantes Beispiel dafür, wie die Kleinteiligkeit der Kommunen negative Auswirkungen zeitigt. Was mich interessieren würde: Wie würde die Argumentation des klagenden Bürgermeisters bei umgekehrt gelagerten Verhältnissen wohl lauten?

Presseerklärung

Die Gemeindevertretung der Gemeinde Brensbach stellt in Übereinstimmung mit den Vorsitzenden der drei im Parlament vertretenen Fraktionen in dieser gemeinsamen Presseerklärung ihre Positionen zur geplanten Ansiedlung von Verbrauchermärkten in Nieder-Kainsbach dar.

Die umfassende und sachliche Darstellung aller Fakten, die zu der bekannten Entscheidung führte, liegt Gemeindevertretervorsteher Folke Müller sowie den drei Fraktionsvorsitzenden, Reiner Müller (SPD), Reinhold Stämmeler (CDU) und Hans Dümmler (UWG), ebenso am Herzen, wie die Weiterführung der bisher guten Zusammenarbeit der Gemeinden Brensbach und Fränkisch-Crumbach und die Feststellung, dass ein demokratisch gewähltes Parlament der Ort für Sachentscheidungen ist.

Auch die vom Fränkisch-Crumbacher Bürgermeister und vielen Fränkisch-Crumbacher Einwohnern befürchtete Schließung des Lebensmittelmarkts in der Ortsmitte aufgrund der zu erwartenden Konkurrenzsituation nehmen die Vorsitzenden ernst. Jedoch halten sie die bisherigen emotionalen Veröffentlichungen in der lokalen Presse für wenig hilfreich. Stattdessen schlagen sie die Rückkehr zu einer vertrauensvollen und inhaltsorientierten Zusammenarbeit mit transparentem Austausch von Meinungen und Argumenten vor. Zumal sich bei einem jüngst statt gefundenen Treffen herausstellte, dass im Gewerbegebiet bei Nieder-Kainsbach ein Discount- sowie ein Fachmarkt entstehen sollen. Zumindest der Discountmarkt dürfte nicht in Konkurrenz zu dem vorhandenen Lebensmittelmarkt in Fränkisch-Crumbach treten. Nach Aussage der Projektentwicklungsgesellschaft werden üblicherweise sogar Lebensmittelmärkte bewusst mit Discountmärkten kombiniert, da sich beide in ihrem Angebot ergänzen.

Die drei Fraktionsvorsitzenden legen außerdem großen Wert auf die Feststellung, dass die Mitglieder der Brensbacher Gemeindevertretung – entgegen früherer Presseberichte – auch in dieser Sache verantwortungsvoll und mit Sorgfalt handelten und erst nach Abwägung aller vorgebrachten Bedenken der Bauvoranfrage zustimmten. Die Bedenken der Gemeinde Fränkisch-Crumbach seien genauso berücksichtigt worden, wie die Bedenken der eigenen Fraktionsmitglieder. Die Zustimmung zur Bauvoranfrage fiel erst nach Besichtigung der Gegebenheiten vor Ort und nach mehrmaligen, intensiven Beratungen in den zuständigen Ausschüssen.

Bei diesem Entscheidungsprozess haben die Mitglieder der Brensbacher Gemeindevertretung versucht, Vor- und Nachteile gleichermaßen zu berücksichtigen. Dabei wurden die Einwände der Gemeinde Fränkisch-Crumbach ebenso einbezogen, betonten die drei Fraktionsvorsitzenden wie die Tatsache, dass das Gewerbegebiet „Schlangenäcker“ im Ortsteil Nieder-Kainsbach bereits 1972 mit dem Ziel ausgewiesen wurde, Gewerbetreibende anzusiedeln, Arbeitsplätze zu schaffen und der Gemeinde Brensbach neue Einnahmequellen zu erschließen. Dieser Intention und der Empfehlung des Bauausschusses folgend, stimmte die Gemeindevertretung der Bauvoranfrage zur Errichtung der Märkte durch einen privaten In-

vestor schließlich zu – zumal die Märkte mit jeweils einer max. Verkaufsfläche von 800 Quadratmetern in dem Gewerbegebiet baurechtlich zulässig sind und das Bauvorhaben daher auf Grundlage des gültigen Bebauungsplans zu genehmigen ist.

Darüber hinaus beschäftigten sich die Ausschussmitglieder in den Sitzungen und bei einer Ortsbesichtigung mit den Konsequenzen, die im Falle einer Änderung des Bebauungsplans bzw. der Verhängung einer Veränderungssperre von der Gemeinde Brensbach bzw. den bereits im Gewerbegebiet ansässigen Firmen zu tragen gewesen wären. Die nicht unerheblichen Kosten, die bei der Änderung des Bebauungsplans entstanden wären, hätte die Gemeinde Brensbach übernehmen müssen. Zudem hätten sich auch bereits ansässige Firmen für die Dauer der Veränderungssperre in ihrer Entwicklung einschränken müssen, denn eine Veränderungssperre gilt für das ganze im Bebauungsplan umfasste Gebiet.

In den Sitzungen wurde zudem deutlich, dass die Gemeindevertretung der Ansiedlung von Unternehmen anderer Branchen gerne den Vorzug gegeben hätte. Jedoch gibt es auf absehbare Zeit keine Alternative zu den geplanten Märkten. Auch wollen sich die Mitglieder der Brensbacher Gemeindevertretung der allgemein vorherrschenden Entwicklung im Einzelhandel nicht entgegenstellen. Der Trend geht im Augenblick nun einmal – wie auch im unmittelbaren Umfeld zu beobachten – zu größeren Einkaufszentren am Rand von Städten und Gemeinden. Ohne diese Entwicklung bewerten zu wollen, setzt die Brensbacher Gemeindevertretung statt auf Sperren und Verbote auf das eigenverantwortliche Handeln von Konsumenten und Dienstleistern.

Im Namen der Mitglieder der Brensbacher Gemeindevertretung betont Gemeindevertretervorsteher Folke Müller ausdrücklich, dass alle Brensbacher Gremien an einer weiterhin guten Zusammenarbeit mit der Gemeinde Fränkisch-Crumbach interessiert sind. Unabhängig von den nun aufgetretenen Differenzen sollten bereits laufende, gemeinsame Projekte in der gewohnt vertrauensvollen Zusammenarbeit zum Wohle beider Kommunen und ihrer Einwohner zum Erfolg geführt werden, ergänzen die drei Fraktionsvorsitzenden.

Brensbach, den 8. Mai 2014

gez. Folke Müller, Vorsitzender der Gemeindevertretung

gez. Reiner Müller, Vorsitzender der SPD-Fraktion

gez. Reinhold Stämmeler, Vorsitzender der CDU-Fraktion

gez. Hans Dümmler, Vorsitzender der UWG-Fraktion

Brensbacher gehen auf Nachbarkommune zu

Gewerbeansiedlung – Abgeordnete wollen Wogen im Streit um an Fränkisch-Crumbach grenzendes Gebiet glätten

Das Brensbacher Parlament unternimmt erste Schritte zur Versöhnung mit der Nachbargemeinde Fränkisch-Crumbach. Zuletzt war die Stimmung wegen eines Bauvorhabens in Nieder-Kainsbach eher frostig.

BRENSBACH. Derzeit herrscht dicke Luft zwischen den beiden Gersprenztalgemeinden Brensbach und Fränkisch-Crumbach. In seiner Sitzung am 13. März dieses Jahres hatte das Brensbacher Parlament der Aufstellung eines Bebauungsplans zum Bau eines Lebensmittelmarkts und eines Fachmarkts im Gewerbegebiet „In den Schlangenäckern“ im Brensbacher Ortsteil Nieder-Kainsbach zugestimmt.

Hintergrund dieser Entscheidung war der Umstand, dass der Gemeindeverwaltung bereits seit einiger Zeit eine Bauvoranfrage einer Firma für das in Rede stehende Gebiet vorlag. Diese Firma eruiert die potenzielle Verfügbarkeit von Baugrundstücken, um sie anschließend im Falle einer Genehmigung an Interessierte zu vermitteln. Für Brensbach würde das bedeuten, dass sich in den „Schlangenäckern“ zwei Märkte von jeweils etwa 800 Quadratmeter Grundfläche ansiedeln könnten.

Verhältnis der Nachbarn ist eingetrübt

Problem: Das Gewerbegebiet grenzt an die Gemarkung von Fränkisch-Crumbach. Nach Auffassung der dortigen Verantwortlichen gefährdet das Brensbacher Bauvorhaben den Edeka-Markt in Fränkisch-Crumbach. Bereits im vorigen Sommer hatte Fränkisch-Crumbachs Bürgermeister Eric Engels deshalb schriftlich Bedenken gegen die mögliche Errichtung der beiden Märkte geäußert und wähnte sich mit seinem damaligen Brensbacher Amtskollegen Hans-Georg Stosiek einig, dass Brensbach im Sinne guter Nachbarschaft auf Erteilung einer Baugenehmigung verzichten werde. Schließlich erfuhr Engels aus der Presse, dass Brensbach diesem Wunsch nicht entspreche. Seither ist das Klima zwischen beiden Nachbargemeinden frostig.

Als Reaktion überreichte das Brensbacher Parlament nun dem ECHO eine offizielle Stellungnahme, in der Brensbachs Standpunkt erläutert wird. In dem Papier heißt es, die umfassende und sachliche Darstellung aller Fakten, die zur bekannten Entscheidung führte, liege Gemeindevertretervorsteher Folke Müller sowie den drei Fraktionsvorsitzenden Reiner Müller (SPD), Reinhold Stämmeler (CDU) und Hans Dümmler (UWG) ebenso am Herzen wie die Weiterführung der bisher guten Zusammenarbeit von Brensbach und Fränkisch-Crumbach. Der Ort für Sachentscheidungen sei ein demokratisch gewähltes Parlament, stellen sie fest.

Auch die von Fränkisch-Crumbachern befürchtete Schließung des Lebensmittelmarkts in der Ortsmitte bei zu erwartender Konkurrenzsituation nehmen die Vorsitzenden ernst. Statt emotionaler Veröffentlichungen in der Presse schlagen sie die Rückkehr zu einer vertrauensvollen und inhaltsorientierten Zusammenarbeit mit transparentem Austausch von Meinun-

gen und Argumenten vor – zumal sich jüngst bei einem Treffen herausgestellt habe, dass im Gewerbegebiet bei Nieder-Kainsbach ein Discount- sowie ein Fachmarkt entstehen sollen. Zumindest der Discountmarkt dürfte laut Einschätzung der Brensbacher Abgeordneten nicht in Konkurrenz zum vorhandenen Lebensmittelmarkt in Fränkisch-Crumbach treten. Nach Aussage der Projektentwicklungsgesellschaft würden üblicherweise Lebensmittelmärkte bewusst mit Discountmärkten kombiniert, da sich beide in ihrem Angebot ergänzten.

Die drei Fraktionsvorsitzenden legten Wert auf die Feststellung, dass die Mitglieder der Brensbacher Gemeindevertretung – entgegen früherer Presseberichte – auch in dieser Sache verantwortungsvoll und mit Sorgfalt gehandelt und der Bauvoranfrage erst nach Abwägung aller vorgebrachten Bedenken zugestimmt hätten. Jene von Fränkisch-Crumbach seien dabei ebenso berücksichtigt worden wie die eigener Fraktionsmitglieder.

Die Konsequenzen einer Veränderungssperre

Zudem habe sich der Bauausschuss mit den Konsequenzen befasst, die bei einer im Sinne Fränkisch-Crumbachs zu verhängenden Veränderungssperre nötig gewesen wären. Brensbach hätte erhebliche Kosten für eine Änderung des Bebauungsplans tragen müssen. Zudem hätte eine Veränderungssperre auch bereits ansässige Firmen in ihrer Entwicklung beschränkt.

Weiterhin sei im Vorfeld der Entscheidung zwar deutlich geworden, dass die Gemeindevertretung der Ansiedlung von Unternehmen anderer Branchen gern den Vorzug gegeben hätte, jedoch gebe es auf absehbare Zeit keine Alternativen zu den geplanten Märkten. Man wolle sich der aktuellen Entwicklung im Einzelhandel, dessen Trend nun einmal zu größeren Einkaufszentren am Rand von Siedlungen gehe, nicht entgegenstellen.

Abschließend wird betont, dass alle Brensbacher Gremien ausdrücklich an einer weiterhin guten Zusammenarbeit mit Fränkisch-Crumbach interessiert seien. Bestehende gemeinsame Projekte sollten in der gewohnt vertrauensvollen Zusammenarbeit zum Erfolg geführt werden.

Streit mit Brensbach gilt es zu schlichten

Infrastruktur – Fränkisch-Crumbacher Wirtschafts- und Verkehrsverein bezieht Stellung zu geplantem Bau eines Lebensmittelmarkts in Nachbargemeinde

Der Vorstand des Wirtschafts- und Verkehrsvereins Fränkisch-Crumbach hat seine Position zur Planungs- und Beschlusslage über die Ansiedlung von Verbrauchermärkten „In den Schlangenäckern“ in Nieder-Kainsbach sowie zu den Positionen der Gemeindevertretungen Brensbach und Fränkisch-Crumbach formuliert.

FRÄNKISCH-CRUMBACH. Der Vorstand des Wirtschafts- und Verkehrsvereins (WVV) Fränkisch-Crumbach begrüßt trotz der Differenzen in der Betrachtung der Sachlage und in den Standpunkten eine offene und vertrauensvolle Diskussion, einen sachlichen Austausch der Argumente für und gegen den geplanten Bau der Verbrauchermärkte sowie eine gemeinsame Haltung der Gemeinden zum Wohl der Bürger und des Gewerbes in Brensbach und Fränkisch-Crumbach.

Zur angestrebten Zukunftsfähigkeit von Fränkisch-Crumbach gehört laut Pressenotiz des WVV der Erhalt des Lebensmittelmarkts in der Crumbacher Ortsmitte. Mit etwas mehr als 3000 Einwohnern zählt Fränkisch-Crumbach eher zu den kleinen selbstständigen Gemeinden. So glaubt der Verein, „mit dieser kleinen Gemeinde einen vitalen und attraktiven Ort für Unternehmen, Handel und Dienstleister sowie Familien und Bürger aller Generationen bewahrt zu haben“.

Das ermögliche den Crumbachern einen hohen Wohlfühlfaktor, wozu wesentlich der Lebensmittelmarkt (Edeka) in der Ortsmitte beitrage. Dieser Markt stehe schon heute unter großem Wettbewerbsdruck, könne sich allerdings trotz seiner Beschränkungen (Verkaufsfläche, Sortimentsvielfalt, Architektur) bis heute ordentlich behaupten. Zudem plane die Edeka-Handelsgesellschaft, diesen Markt auszubauen und zu modernisieren und damit im Wettbewerb zu anderen Märkten vorteilhafter zu positionieren. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass kein weiterer Lebensmittelmarkt „In den Schlangenäckern“ gebaut wird.

Grundsätzlich begrüße der WVV jede Entscheidung, „die der Attraktivität, Vielfalt des Angebots und der Arbeitsplatzbeschaffung“ in der Region diene, gerade wenn es sich dabei um die Nachbargemeinde Brensbach handelt“. Das stärke die Gemeinschaft im Gersprenztal. Die Entscheidungen sollten aber nicht die bestehende und gut funktionierende Lebensmittel-Nahversorgung Fränkisch-Crumbachs gefährden. Zwei recht große Verbrauchermärkte in unmittelbarer Nähe zum bestehenden Crumbacher Lebensmittelmarkt würden aber dies bewirken. Der Argumentation, dass es sich dabei um einen Discounter handle und dies damit eher positiv als Ergänzung und Bereicherung zum bestehenden Crumbacher Angebot betrachtet werden solle, könne der WVV nicht folgen. Daher widerspricht er dem im ECHO veröffentlichten Standpunkt der Brensbacher Gemeindevertretung, diese hätte anderen Branchen gern den Vorzug gegeben, habe jedoch keine Alternativen zu den geplanten Märkten.

Über Alternativen, die vielleicht sogar mehr Arbeitsplätze versprechen als die geplanten Verbrauchermärkte, solle offen gesprochen werden. Die möglichen Kosten für eine Änderung des Bebauungsplans sollten angesichts der Tragweite der Entscheidung kein k.o.-Kriterium sein. Die Investitionsbereitschaft von Edeka zum Ausbau des Crumbacher Lebensmittelmarkts dürfe nicht „vertändelt“ werden durch eine unsichere Zukunftsentscheidung einer Nachbargemeinde. Eine Expansion von Gewerbeflächen und Ansiedlung von Gewerbe „In den Schlangenäckern“ in Brensbach tue allen gut. Der WVV stehe zu Argumentation und Haltung des Fränkisch-Crumbacher Bürgermeisters Eric Engels sowie der Crumbacher Gemeindevertretung in dieser Sache. Er befürworte Gespräche und gegenseitiges, respektvolles, wohlwollendes Verhalten der Gemeinden.

Vor diesem Hintergrund begrüße man auch die kürzlich veröffentlichte Pressemitteilung der Brensbacher Gemeindevertretung, in der Folke Müller ausdrücklich betonte, „dass alle Brensbacher Gremien an einer weiterhin guten Zusammenarbeit mit Fränkisch-Crumbach interessiert sind“. Es gelte, die unterschiedlichen Positionen nicht durch vorschnelle Entscheidungen weiter zu verhärten. Gemeindevertreter und Entscheider sollten miteinander reden.

Gemeinde stützt sich auf Ziele des Regionalplans

Infrastruktur – Fränkisch-Crumbach wird wegen Brensbacher Discounter-Vorhaben gegen Landkreis klagen

Gegen die Pläne der Nachbargemeinde Brensbach, an der Grenze zu Fränkisch-Crumbach einen Discounter anzusiedeln, wird diese Kommune klagen – gegenüber dem Odenwaldkreis und mit Hinweis auf den Regionalplan Südhessen.

FRÄNKISCH-CRUMBACH. Auch bei der jüngsten Sitzung der Fränkisch-Crumbacher Gemeindevertretung am Freitagabend nahm die Diskussion um die eventuelle Ansiedlung eines Discounters unmittelbar an der Ortsgrenze zu Brensbach/Nieder-Kainsbach breiten Raum ein. Wie berichtet, stuft Fränkisch-Crumbachs Bürgermeister Eric Engels dies als existenzielle Bedrohung der Nahversorgung seiner Gemeinde ein; diese sei mit ihren 3300 Einwohnern zu klein, um eine solche Konkurrenz zu verkraften.

Der Betreiber des örtlichen Supermarkts habe bereits angekündigt, seinen in zwei Jahren auslaufenden Pachtvertrag nicht verlängern zu können, wenn besagte Baupläne realisiert würden. Das Ergebnis, so Engels, wäre nicht nur der Verlust einer für ältere und nicht mobile Menschen gut erreichbaren Einkaufsmöglichkeit – mit der Schließung dieses Marktes würde auch ein wichtiger Ort für soziale Kontakte verloren gehen.

Fachanwalt für Klage vor Verwaltungsgericht

Wie der Verwaltungschef mitteilte, hat die Verwaltung während der Sommerpause einen formellen Widerspruchsbescheid gegen die Pläne der Brensbacher Gemeindeverwaltung eingereicht. Ein darauf folgendes Treffen vor dem Anhörungsausschuss des Odenwaldkreises habe jedoch nichts Konkretes erbracht. Der Gemeindevorstand habe daher nun einstimmig beschlossen, Arnold Reiter, den Fachjuristen vom Hessischen Städte- und Gemeindebund, damit zu beauftragen, beim Verwaltungsgericht Darmstadt Klage gegen den Kreisausschuss des Odenwaldkreises zu erheben. Dieser ist zuständig für die Bauaufsicht in den Kreis-Kommunen. Die Argumentation der Fränkisch-Crumbacher: Nach den Zielsetzungen des Regionalplans Südhessen – und damit nach geltendem Planungsrecht – gehören Einzelhandelsmärkte heutzutage nicht mehr in Gewerbegebiete jenseits der Wohnbebauung und würden auch keine Baugenehmigung mehr erhalten. Fachleute seien sich darin einig, dass das Fehlen einer Nahversorgung zu einer Verödung der Ortskerne und damit auch zu einer Abwanderung der Bevölkerung führen dürfte.

„Interessenten nutzen Baurecht aus 1970ern“

Bürgermeister Engels berichtete ferner, dass er den Brensbacher Gemeindevorstand in einem offiziellen Schreiben nochmals gebeten hat, einer solchen Entwicklung im Zeichen einer guten, kommunalen Nachbarschaft entgegen zu treten. Seines Wissens nach sei es ja auch nie Ziel der Brensbacher gewesen, mit dem Bau eines Einkaufsmarkts in den Schlangäckern einen Versorgungsengpass in Nieder-Kainsbach zu schließen. Vielmehr sei die momentane Entwicklung über die beiden Gemeinden vor allem deswegen hereingebrochen,

weil es Interessenten im Auftrag des fernen Eigentümers gelungen sei, sich das noch immer bestehende Baurecht aus den 1970er Jahren zunutze zu machen.

Bei Gesprächen mit dem früheren Bürgermeister Hans-Georg Stosiek sei die drohende Gefahr bereits damals thematisiert worden. Wie berichtet, hatten die Crumbacher darum gebeten, den vorhandenen Bebauungsplan zu überplanen und eine Veränderungssperre auszusprechen. Sie hatten sich auch bereit gezeigt, die Kosten hierfür zu übernehmen. Eine Veränderungssperre würde, so Engels, lediglich bedeuten, dass Lebensmittelmärkte ab einer gewissen Größe von einer Neuansiedlung ausgeschlossen würden. Die im Gewerbegebiet angesiedelten Firmen indes könnten sich weiterhin frei entwickeln.

Odenwälder Echo | 14. September 2014 | sun

Nachbargemeinden wollen Funkstille beenden

Infrastruktur – Fränkisch-Crumbach und Brensbach hoffen im Streit um Discounter-Ansiedlung auf Annäherung

Brensbach und Fränkisch-Crumbach wollen den interkommunalen „Gewerbepark Gersprenztal“ voranbringen. Zuvor soll der Streit um die von Brensbacher Seite gewünschte Ansiedlung eines Lebensmittel-Discounters an der Ortsgrenze ausgeräumt werden.

FRÄNKISCH-CRUMBACH. Mit dem interkommunalen Projekt „Gewerbepark Gersprenztal“ in der Brensbacher Gemarkung „Lückäcker“, das in den Gemeinden Brensbach und Fränkisch-Crumbach vor mehr als vier Jahren angestoßen wurde, könnte es jetzt weitergehen. Auf Vorschlag der Brensbacher Verwaltung sollen Mitglieder der Haupt- und Finanzausschüsse der beiden Kommunen demnächst in einer gemeinsamen Sitzung über dieses Thema beraten.

Unabhängig davon soll im Vorfeld und unter Ausschluss der Öffentlichkeit auch ein Treffen der Fraktionsvorsitzenden, der Gemeindevertretervorsitzenden und der Bürgermeister von Brensbach und Fränkisch-Crumbach anberaumt werden. Ziel ist es, eine Lösung im Konflikt um die von Brensbacher Seite angestrebte Ansiedlung eines Lebensmittel-Discounters an der Gemarkungsgrenze zu Fränkisch-Crumbach zu finden. Für die Aufnahme derartiger Gespräche sprach sich das Crumbacher Parlament mit breiter Mehrheit (eine Gegenstimme) aus.

In breiter Übereinstimmung – bei zwei Nein-Stimmen und drei Enthaltungen – billigten die Parlamentarier die Reaktion der Gemeinden des Odenwaldkreises auf die zum gemeinsamen Flächennutzungsplan „Windkraft“ eingegangenen Stellungnahmen. Da für die Wasserversorgung und die Abwasser-Entsorgung kostendeckende Gebühren zu erheben sind, wurden die entsprechenden Kalkulationen für Fränkisch-Crumbach überarbeitet. Am Montag (10.) sollen sie im Zuge der Haupt- und Finanzausschusssitzung beraten werden. Wirtschaftsjuristin Inna Schwebs von der Allevo-Kommunalberatung steht dann für Erklärungen zur Verfügung.

Die SPD-Fraktion hatte mehrere Fragen in Bezug auf die Blitzanlagen und Verkehrskontrollen in der Gemeinde gestellt, die Bürgermeister Eric Engels schriftlich beantwortet hat. So war zu erfahren, dass die beiden Radaranlagen in Michelsbach und am Ortseingang von Fränkisch-Crumbach bislang 42.000 Euro „erblitzt“ haben. Verwarnungsgelder aus der Überwachung des ruhenden Verkehrs in Fränkisch-Crumbach wurden bislang in Höhe von 4680 Euro erhoben. Der für derartige Kontrollen in den drei Gersprenztalgemeinden zuständige Hilfspolizist Ralf Bodinet soll Gelegenheit bekommen, sich auch den Crumbacher Gemeindevertretern vorzustellen.

Nachbarn sollen sich einigen

Gewerbegebiet – SPD Brensbach wirbt um Vertrauen der Crumbacher

Die Brensbacher Sozialdemokraten nehmen aktuelle ECHO-Berichte zum Anlass, ihren Standpunkt zur eventuell geplanten Ansiedlung von Verbrauchermärkten im Gewerbegebiet „In den Schlangenäckern“ im Brensbacher Ortsteil Nieder-Kainsbach darzulegen.

BRENSBACH. Die Sozialdemokraten der Gemeinde Brensbach betonen, dass sie sehr an der Rückkehr zur vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen ihrer und der Gemeinde Fränkisch-Crumbach interessiert sind. Dies werde von Fränkisch-Crumbacher Seite nun auch wieder angestrebt, wie der sachliche Tonfall der jüngsten Verlautbarungen aus der Nachbarkommune zeige. Die Brensbacher SPD hoffe auf eine Normalisierung der Beziehungen.

SPD-Fraktionsvorsitzender Reiner Müller stellt nochmals klar, dass die Brensbacher SPD keineswegs primär an der Ansiedlung von Verbrauchermärkten im Gewerbegebiet „In den Schlangenäckern“ interessiert ist. Vielmehr wies er selbst bereits im Juni 2013 öffentlich auf die damit einhergehenden Gefahren für die lokalen Gewerbetreibenden hin (wie berichtet, ECHO vom 29. Juni 2013: „Supermarktbau ist umstritten“). Stattdessen bevorzuge die SPD die Ansiedlung von Unternehmen, die Erwerbsmöglichkeiten für qualifizierte Arbeitskräfte schaffen und vielleicht Gewerbesteuer an die Gemeinde entrichten. Da jedoch absehbar keine entsprechende Nachfrage zu erkennen sei, wurde auch mangels Alternative der Ansiedlung von Verbrauchermärkten zugestimmt. Die Bauvoranfrage auf Ansiedlung solcher Märkte sei nach geltendem Recht nicht zu verhindern gewesen. Eine andere Entscheidung der Gemeindevertretung wäre anfechtbar gewesen.

Verbrauchermärkte-Art nie konkretisiert

Zudem, so Müller weiter, sei die Art womöglich anzusiedelnder Verbrauchermärkte nie konkretisiert worden. Und es stehe nicht fest, ob ein Lebensmittelmarkt kommen solle, obwohl das immer wieder kolportiert werde. Auch die Ansiedlung eines Drogeriemarkts, der im oberen Gersprenztal eine Bereicherung wäre, sei genannt worden. Dem kürzlich veröffentlichten und mittlerweile relativierten Vorschlag von Fränkisch-Crumbacher Seite, dass unter Ausschluss der Öffentlichkeit verhandelt werden sollte, erteilt Müller eine klare Absage und fordert stattdessen, grundsätzliche demokratische Spielregeln strikt einzuhalten: „Brensbacher Sozialdemokraten werden sich an solchen Gesprächen definitiv nicht beteiligen, Hinterzimmer-Politik wird es mit uns nicht geben.“ Gerade bei diesem sensiblen, emotional beladenen Thema sei Transparenz gefragt.

Die Brensbacher SPD sehe auch den Versuch Außenstehender, in die Vermarktung des Gewerbegebiets einzugreifen, mit Sorge. Bei allem Verständnis für die Belange benachbarter Kommunen und derer Bürger „werden die Brensbacher Sozialdemokraten die Einflussnahme Dritter zulasten der Einwohner der Gemeinde Brensbach nicht akzeptieren“. Die Weiterentwicklung der Gewerbegebiete sei von fundamentaler wirtschaftlicher Bedeutung für die Gemeinde und zentraler Baustein nachhaltiger Finanzierung.